

veränderter Gesamtlänge des Arbeitstages, aber erhöhter Intensität der Arbeit erzielt. Bei unveränderter Länge des Arbeitstages und Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit infolge der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der damit verbundenen Senkung des Wertes der Arbeitskraft vergrößert sich ebenfalls die Mehrarbeitszeit und damit der M. Die auf diese Weise erreichte Veränderung der Relation von notwendiger und Mehrarbeitszeit führt zu einem Zuwachs an M., der als relativer M. bezeichnet wird. In der Manufakturperiode des Kapitalismus stand die Methode der Gewinnung von absolutem M. im Vordergrund. Bei hochentwickelter Technik und rascher Entwicklung der Produktivkräfte gewinnt die Methode der Erzielung von relativem M. vorrangige Bedeutung. Gleichzeitig versuchen die Kapitalisten aber auch weiterhin, den Arbeitstag mit Hilfe geringfügig besser bezahlter Überstunden zu verlängern und vor allem auch die Arbeitsintensität zu erhöhen. Das heißt, sie versuchen mit Hilfe beider Methoden den M. zu vergrößern. Der gesamte Mechanismus der Produktion von M. und die sich hinter dem Kauf der Arbeitskraft verbergende Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten wurde von K. Marx in seiner M.theorie aufgedeckt. W. I. Lenin bezeichnete die M.theorie als den Grundpfeiler der ökonomischen Theorie von K. Marx. Mit ihr wird die Unhaltbarkeit der Thesen der bürgerlichen Ökonomie über die Harmonie der Klasseninteressen von Arbeiterklasse und Bourgeoisie nachgewiesen und der Arbeiterklasse die geistige Waffe für ihren Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und um den Sozialismus gegeben.

Meinungsfreiheit: das Recht eines Bürgers, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei und öffentlich zu äußern. Die Forderung nach M., die die Pressefreiheit einschließt, war ursprünglich eine Forderung der aufstrebenden Bourgeoisie im Kampf gegen den Feudalismus. Das Recht auf M. fand Eingang in viele bürgerliche Verfassungen, blieb aber, wie die anderen demokratischen Rechte und Freiheiten, für die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten in den bürgerlichen Staaten nur ein formales Recht. Mit der Verschärfung der Klassegegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft, insbesondere seit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus, wurde die M., namentlich für die Arbeiterklasse, ihre revolutionäre marxistische Partei und andere Arbeiterorganisationen, eingeschränkt. Durch gesetzgeberische Maßnahmen, ökonomischen Druck usw. versucht die Bourgeoisie, alle ihre Klassenherrschaft gefährdenden Meinungsäußerungen zu unterdrücken. Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, insbesondere in der westdeutschen Bundesrepublik, behindert jede demokratische Meinungsäußerung und Meinungsbildung und versucht, sie zu unterdrücken. Einerseits soll mit Hilfe der *geistigen Manipulierung* ein „gesamtgesellschaftliches Bewußtsein“ im Sinne des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems erzeugt werden, andererseits soll mit der *Notstandsverfassung* (§ 115 d) und der „Notverordnung über das Informationswesen“ das Recht auf M. praktisch beseitigt werden. Wirklich garantiert ist die M. erst in sozialistischen Staaten, wo sie fester Bestandteil der Grundrechte des Bürgers ist. Jeder Bürger hat z. B. in der DDR